

Jürgen Dittberner

URZELLE

„WESTSTADT“

Kommunalpolitik im Schatten der Macht

Jürgen Dittberner

URZELLE „WESTSTADT“

Kommunalpolitik im Schatten der Macht

Stuttgart 2018

Edition Noëma

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

ISBN-13: 978-3-8382-1384-2

© *ibidem*-Verlag
Edition Noëma

Stuttgart 2019
Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Printed in the EU

Inhalt

Vorwort.....	7
Westlich der Weststadt	9
1. Vor dem Rathaus	13
2. Flügeltreffen.....	27
3. Wahlkampf	33
4. Anfang.....	39
5. Ein Bezirk, ein Rathaus für Flüchtlinge	69
6. Weststadt: Theater, Theater	79
7. Horizontal im Wohnhaus, „Schwuchtel-Fahne“	99
8. Schrippentaste, Kiezpolizei	105
9. Preußenpark, Deutschlandhalle	127
10. Deutschenmacher, Karneval	135
11. Laubenpieper, Schankveranden	141
12. Bürgerhaushalt, Gender Mainstreaming.....	147
13. Sparen bis es quietscht, Krakau und Kracauer	153
14. Nirgendwo Verkehr – Kurfürstendammtunnel, Straßenbahn, Aussichtsrad und Bahnhof Zoo.....	163
Dann wird es nicht mehr stinken!.....	169
Anhang.....	173

Vorwort

„Charlottenburg-Wilmersdorf“ ist einer von zwölf Verwaltungsbezirken Berlins. Andere Verwaltungsbezirke der deutschen Hauptstadt heißen „Spandau“, „Marzahn-Hellersdorf“, „Steglitz-Zehlendorf“ oder „Mitte“.

Berlin ist eine „Einheitsgemeinde“, in der alle Angelegenheiten zentral vom „Abgeordnetenhaus“ – dem Landesparlament – oder vom „Senat“ – der Landesregierung – geregelt werden. Dennoch leistet sich Berlin „Bezirke“ als Quasigemeinden. Diese haben eigene politische Organe, die „Bezirksverordnetenversammlungen“ („BVV“en) als eine Art Kommunalparlamente und die „Bezirksämter“ („BA“) als vorgebliche Gemeindevorstände. Kompetenzen haben die Bezirke wenige. So wird der Etat für jeden einzelnen Berliner Bezirk vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Die Bezirke dürfen jedoch beispielsweise ihren Straßen und Plätzen Namen geben, Bebauungspläne aufstellen oder Facilities der Schulen ihrer Territorien regeln.

„Charlottenburg-Wilmersdorf“ wurde aus den alten Bezirken „Charlottenburg“ und „Wilmersdorf“ geschaffen („fusioniert“), als es in Berlin am 1. Januar 2001 eine Reform gab, bei der „Großbezirke“ gebildet wurden, die mit den Landkreisen Brandenburgs kompatibel sein sollten. Das hätte die Gründung eines Bundeslandes „Berlin-Brandenburg“ erleichtert, wenn es dazu gekommen wäre.

In den „BVV“en gibt es Fraktionen. In „Charlottenburg-Wilmersdorf“ waren das einst die „Schwarzen“, die „Roten“, die „Grünen“ und die „Gelben“. Kommt eine Partei oder Gruppe bei den „BVV“-Wahlen – die zusammen mit den Landeswahlen stattfinden – nicht über die 5%-Grenze hinaus, aber auf mindestens drei Prozent, so hat ein „fraktionsloser“ Verordneter ein Mandat

errungen. Das war im alten Bezirk „Wilmersdorf“ der Fall gewesen, als es dort je einen Verordneten der „Gelben“ und der „Dunkelroten“ gegeben hatte.

Das Geschehen in der BVV wird hier aus der Perspektive der „Gelben“ geschildert. Ob diese mit ihren Einschätzungen immer richtig lagen, mögen die Leser entscheiden.

Die „Gelben“ jedenfalls wollten den Fusionsbezirk unbedingt „Weststadt“ nennen, was bei den anderen auf keine Gegenliebe stieß.

Ein Mitglied der „gelben“ Fraktion war Klaus Mitt, der schon in Potsdam als „Leihbeamter“ der dortigen Landesregierung gearbeitet hatte und seinen eigentlichen Job im Wirtschaftsamt eines anderen Berliner Bezirks ausübte.

Klaus war von seiner Ehefrau und seinem achtjährigen Sohn darauf aufmerksam gemacht worden, dass es auf den Toiletten der Schulen seines Bezirkes „stinke“. Das wollte er ändern. Klaus trat den „Gelben“ bei und wurde schnell deren Bezirksverordneter und sogar Fraktionsvorsitzender. In der „BVV“ jedoch stürzten viele neue Themen auf ihn ein, sodass er die stinkenden Klos vergaß.

Als Klaus die BVV wieder verließ, ärgerte es ihn, dass er zu den Klos nicht gekommen war. Außerdem kam jetzt heraus, dass die Schatzmeisterin seiner Fraktion – die immer auf Sparsamkeit gedrängt hatte – bigott war.

Klaus kehrte der „Kommunalpolitik“ den Rücken. Er wollte die Sache mit den Klos künftig zusammen mit seiner Ehefrau vor Ort und direkt angehen.

Meiner Frau Elke Dittberner danke ich für ihre Unterstützung.

Berlin, 2019
Jürgen Dittberner